Erscheint täglich früh 7 Uhr in der Expedition Marienstraße 18. Abonnementspreis vierteljährlich 22½ Ngr., durch die Post 25 Ngr. Einzelne Nr. 1 Ngr. — Auflage: 20,000 Exemplare.

Inseraten-Annahme auswärts: Haasenstein & Vogler in Hamburg, Berlin, Wien, Leipzig, Basel, Breslau, Frankfurt a. M. — Rud. Mosse in Berlin, Leipzig, Wien, Hamburg, Frankfurt a. M., München. — Daube & Co. in Frankfurt a. M. — Fr. Voigt in Chemnitz. — Havas, Lafitte, Bullier & Co. in Paris.

Dresdner Nachrichten

Tageblatt für Unterhaltung und Geschäftsverkehr.

Druck und Eigenthum der Herausgeber: Liepsch & Reichardt in Dresden. Verantwortl. Redacteur: Julius Reichardt.

Inserate werden Marienstraße 18 angenommen bis Ab. 6 Uhr, Sonntags bis Mittags 12 Uhr. In Neustadt: große Klostergasse 5 bis Abd. 5 Uhr. Der Raum einer gespaltenen Petitzeile kostet 15 Pf. Eingesandt die Zeile 5 Ngr. Eine Garantie für das nächsttägige Erscheinen der Inserate wird nicht gegeben.

Auswärtige Annoncen-Aufträge von uns unbekannten Firmen u. Personen inseriren wir nur gegen Pränumerando-Zahlung durch Briefmarken oder Posteinzahlung. 10 Silben kosten 1½ Ngr. Auswärtige können die Zahlung auch auf eine Dresdner Firma anweisen. Die Exp.

Nr. 17. Achtzehnter Jahrgang. Mitredacteur: Dr. Emil Bierey. Für das Feuilleton: Ludwig Hartmann. **Dresden, Freitag, 17. Januar 1873.**

Politisches.

Bewegung der Menschen ist, abgesehen von der Bildung des Einzelnen, der Kernpunkt der Civilisation. Aus diesem Satze zog Abg. Lasker im preußischen Abgeordnetenhause die richtige Folgerung, daß man diese Bewegung nicht dem Monopol einer einzelnen Gesellschaft zur Ausbeutung überlassen dürfe, daß vielmehr die Eisenbahnen schließlich dem Staate gehören. Lebhaft aber klagte er, wie der preußische Handelsminister die Concessionen für Eisenbahnbauten nach Gunst und Ungunst vertheile, wie er den Schwindel Stroußbergs großgezogen, das Günstlingswesen befördert, dem bekannten Kreuzzeitungs-Wagner, der jetzt als geh. Rath den unmittelbaren Vortrag beim Könige habe, nicht weniger als 3 Bahnconcessionen gewährte, wofür dieser von Baucomitees reichlich abgefunden würde, daß Fürst von Putbus und Prinz Biron von Kurland unter dem Schutze des Handelsministers mit Eisenbahnconcessionen förmlich Handel trieben 2c. Der Handelsminister Graf Itzenplitz gestand zu, daß er am liebsten sähe, wenn ihm das Bahnconcessionswesen entnommen werde. Käme es dann auf den Landtag, so würde der Zustand erreicht, den wir in Sachsen sowohl in seinen Licht- als Schattenseiten kennen gelernt haben. Wird nach Erledigung der großen Reformen in Schule und Verwaltung der sächsische Landtag sich den Eisenbahnfragen zuwenden, so erwarten wir, daß Regierung und Landtag sich vereinen, um einen Eisenbahnbauplan auf eine Reihe von Jahren hinaus zu entwerfen, welcher eine starke Beförderung des Eisenbahnbaues ermöglicht, das Herumschieben der Tausende von Ingenieuren und Bauleuten im Lande organisirt und mit gerechter Hand allen Landestheilen die Wohlthaten eines Schienenanschlusses an die Weltverkehrsstraßen gewährt. Die Launen- und Sprunghaftigkeit, die einer Planlosigkeit nahekommen, das Projectemachen ohne die Möglichkeit einer Ausführung, die Erweckung künstlicher Hoffnungen mit den damit verbundenen Enttäuschungen sollten bald einer wirthschaftlichen Organisation Platz machen. Man baue viele Eisenbahnen, vertheile sie gerecht über das Land und baue sie auf Grund eines auf Jahre hinaus entworfenen Planes. Sollte ein solcher den Capacitäten in Regierung und Kammern unmöglich sein?

Thuen wir für heute die Bonapartisten mit der Bemerkung ab, daß Napoleon ein politisches Testament nicht hinterlassen hat. Zwei frühere Testamente seiner Hand sind als veraltete ungiltig. Aus den Verhandlungen zwischen Thiers und den Führern der Conservativen wird eine interessante Erklärung von Thiers mitgetheilt: Man unternimmt gerade in Europa einen Kreuzzug gegen das Papstthum. Der Mann, der sich an die Spitze dieses Feldzuges gegen den heiligen Stuhl gestellt hat, ist dieser unermüdliche Geist, einer der größten Männer dieses Jahrhunderts, einer der Männer, welche die Größe Deutschlands gemacht und unser Vaterland niedergedrückt haben, mit einem Worte, Herr von Bismarck. Nun denn, er erdrückt mit seinen Schmeicheleien das Königreich Italien, seinen natürlichen Verbündeten in diesem großen Kampfe. Man kann nicht leugnen, daß nichts von diesem tiefen Politiker vernachlässigt wird, um eine enge Allianz zwischen Italien und Deutschland zu erzielen. Wollen Sie Italien in seine Arme werfen? Nein, wir Franzosen respectiren die Rechte des heiligen Stuhls, wir wollen seine volle Unabhängigkeit, aber wir acceptiren die vollendeten Thatsachen.

Obwohl die ungarischen Deputirten aus den Ferien die erkannte Willensmeinung des Landes nach Pest mitgebracht haben, daß Ungarn müde ist der Skandalscenen, daß der Landmann infolge der Mißernte an Geldmangel leidet, hohe Steuern zahlen muß und bei diesen Opfern nicht einmal die Genugthuung hat, daß sein Land auf dem Wege der Gesetzgebung fortschreitet, besteht doch die Arbeit der ungarischen Volksvertreter in unablässigen Interpellationen, an Fortsetzung der Deutschenhetze und dem Absetzen der nothwendigsten Gesetzesvorlagen von der Tagesordnung. Die Czechen drohen jetzt, um die Wahlreform zu hintertreiben, zur Steuerverweigerung zu schreiten und selbst dem Belagerungszustande zu trotzen. Der frühere König von Hannover, Georg V., hat beträchtlichen Grundbesitz in Ungarn erworben.

Es bestätigt sich, daß anläßlich eines Neujahrsglückwunsches der Papst dem König von Italien den Segen ertheilt und die Hoffnung ausgedrückt hat, daß Victor Emanuel noch lange zum Besten seines Volks leben möge. Fluch und Verwünschungen am 23. December, Segen und Glückwünsche am 2. Januar! Das erste schadet nichts, ob das zweite helfen wird?

Die Südstaaten Nordamerikas treiben dem Staatsbankerott entgegen. Georgia erkennt von seinen 30 Millionen Dollars Staatsschulden 19 schon jetzt nicht mehr an; in Südcarolina warnt der Gouverneur die Staatsgesetzgebung vor dem Sirenenrufe des Staatsbankerotts, in Virginien hört man Reden, wie die: Man hat das Vermögen des Staats zerstört, ebenso die Basis des Credits, folglich haben wir nichts zu zahlen.

In Homburg fand die längst erwartete Generalversammlung der Actionäre der Spielbank statt. Das Ende vom Liede war, daß der Spielpächter Blanc, statt den Staat Preußen wegen Beeinträchtigung des Spiels zu verklagen, selbst von seinen Mitactionären verklagt wird.

Locales und Sächsisches.

— J. K. H. die Frau Kronprinzessin ist vorgestern Abend nach Sigmaringen gereist.

— Der Gerichtsamtmann Uibrig in Riesa hat den preußischen Kronenorden 4. Klasse mit rothem Kreuz auf weißem Felde am Erinnerungsbande, der Apothekenbesitzer Otto Schneider hier den Tunesischen Orden Nischan e Iftikhar zweiter Classe erhalten.

— In der hiesigen Knepper'schen Buntpapier- und Tapeten-Fabrik wurden gestern die Arbeiter Joh. Beyrich, Heinr. Schlei und Joh. Krause, Ersterer 54, der Zweitgenannte 30 und Letzterer 29 Jahre lang in genannter Fabrik continuirlich thätig, durch Herrn Oberbürgermeister Pfotenhauer im Rathhaussaale mit Diplomen und der großen silbernen Medaille mit der Inschrift „Zur Belohnung des Fleißes" beehrt.

— Landtag. Bei dem Bevorstehen der wichtigsten Entscheidung des Landtags sei hier nur kurz nachgetragen, daß die 2. Kammer ein vom Abg. Beck warm befürwortetes Gesuch der Bezirksvereine in Friedrichstadt und der Wilsdruffer Vorstadt um Meliorationen im Ostra-Gehege abgelehnt hat, daß sie ferner das Kirchengesetz betreffs Besetzung der geistlichen Stellen mit 41 gegen 25 Stimmen angenommen hat. Für die Ablehnung desselben hatten Abgg. Ludwig, Riedel, Schreck, Petri, Penzig und Kretzschmar, für die Annahme Referent Dr. Biedermann, Vicepräsident Streit und Abg. Anton gesprochen. Haberkorn hatte die Synode gegen die Angriffe Ludwig's vertheidigt. Der Cultusminister Dr. v. Gerber beantwortete eine Anfrage des Abg. Ludwig wegen der Besetzung der Oberhofpredigerstelle dahin, daß die Regierung in ihren Bemühungen fortfahre, eine ausgezeichnete Kraft für dieses Amt zu gewinnen.

— Ueber die bevorstehenden Justizneubauten in Dresden gewährt ein Königl. Decret einige neues Licht. Gewählt hierzu ist bekanntlich das fiskalische Areal, welches die vorhandenen Justizgebäude auf der Landhausstraße, die daranstoßende Zeughauskaserne und das Kuffenhaus auf der kleinen Schießgasse umfaßt, sowie einige Privathäuser auf der Landhausstraße, Rampeschen- und kleinen Schießgasse. Letztere sind für 150,000 Thlr. bereits angekauft. Für die Zeughauskaserne läßt sich einstweilen Ersatz ohne Schwierigkeiten schaffen — wo und wie? wird freilich nicht gesagt; das Areal des bekanntlich ebenfalls zum Abbruch bestimmten Zeughauses, welches über 10,000 Quadrat-Meter umfaßt, kann man jedoch nicht für die dringlichen Justizneubauten in's Auge fassen, da das Zeughaus erst nach einigen Jahren geräumt und abgebrochen sein kann, wenn ein neues Zeughaus fertig ist. Auf das Areal des alten Zeughauses soll dann ein neues, als dringend nothwendig bezeichnetes, Finanzministerium, das Hauptstaatsarchiv und nach Befinden auch ein neues Akademiegebäude kommen. Wird außerdem die Münze verlegt, deren Umbau schon seit langem in Aussicht genommen ist, so würde der Baugrund beträchtlich vergrößert und zweckmäßig abgerundet werden können. Die kleine Schießgasse würde sich verbreitern und die den botanischen Garten begrenzenden fiskalischen Gebäude waren als Bauplätze für öffentliche Gebäude zweckmäßig zu verwenden. Die Justizneubauten sollen, wie bemerkt, auf das oben beschriebene Terrain kommen, das 10,000 Quadrat-Meter groß ist. Der Holzhof auf der Pillnitzerstraße, das Posthaltereigebäude auf der Annenstraße, bieten nicht so viel Vortheile als jenes Areal im Herzen der Stadt und nahe der Polizei. Die Hauptfront des neuen Justizpalastes soll nach der kleinen Schießgasse zu kommen, die gegenüberliegenden fiskalischen Gebäude wären zu entfernen, um einen freien Platz, und bei der in Aussicht genommenen Verlegung des botanischen Gartens einen bequemen Zugang zu gewinnen. Der Bau hätte auf dem Areal der jetzigen Caserne und des Kuffenhauses zu beginnen, die Häuser auf der Schießgasse kämen dann daran, den Schluß bildete der Neubau auf der Landhausstraße; die Gerichte bleiben während des Baues theils in ihren jetzigen Räumen, theils werden sie in die fertig werdenden neuen Räume verlegt. Der Bau dieses Justizpalastes wird auf 400,000 Thlr. veranschlagt.

— Der Actienverein des zoologischen Gartens in Dresden hatte sich an den Landtag um Gewährung eines jährlichen Zuschusses von 3000 Thlr. aus Staatsmitteln gewendet und hierbei auf seine wissenschaftlichen und belehrenden Tendenzen hingewiesen, auch betont, daß die eigenen Kräfte nicht ausreichen, um den Garten auf seiner Höhe und den Anforderungen der Zeit entsprechend zu erhalten. Die Finanzdeputation der 2. Kammer schlägt jedoch (Ref. Klemm), wenn auch unter Anerkennung der Leistungen des zoologischen Gartens, vor, dieses Gesuch abzuweisen, da er, wenn auch nicht ohne Bedeutung für Kunst und Wissenschaft, doch mehr der Unterhaltung und dem Vergnügen diene und es bedenklich falle, Actienvereine aus Staatsmitteln zu unterstützen.

— Aus unserm Nachbardorfe Plauen erhalten wir verzweifelte Zuschriften: „Seit dem die Omnibusse ihre Fahrten einstellten, sind wir plötzlich ohne Verkehrsmittel! Das ist doch eine himmelschreiende Schädigung des Publikums. Was geht dem Publikum die Principienreiterei an, wie oft, bis wo und für wie viel Dreier gefahren wird! Vorläufig wäre eine allstündliche Beförderung doch schon viel besser als die seitherige anderthalbstündliche und vollends tausendmal besser als gar keine! Dieser Scandal kann doch unmöglich dauern bis zum Entscheid einer Generalversammlung?" — Von anderer Hand schreibt man: „Wenn sich etwa der Stadtrath Dank zu verdienen glaubt, jetzt schroff auf seiner Meinung zu beharren, so irrt er. Allerdings ist eine nur stündliche Fahrt für die Dauer viel zu wenig (diese liegt auch nicht in der Absicht der Direction. Anmerk. d. Red.), aber für jetzt, mitten im Winter wäre es doch immer besser als Nichts. Wer hat denn den Schaden, bis die Herren am grünen Tisch die Debatten zu enden belieben? Das Publikum, die Hausbesitzer. Die Bahn hat manche Uebelstände coulant abgestellt, z. B. daß in den „Nachrichten" scharf verurtheilte Umsteigen am Pirnaischen Platze, die zu wenigen Anhalte 2c. Sie wird auch nach und nach die Plauen'schen Interessen fördern — schon aus Interesse für den eigenen Geldsäckel. Aber — — zuerst nur 'mal anfangen, anfangen! Ein Schmerzenskind in Plauen.

— Oeffentliche Sitzung der Stadtverordneten, am 15. Januar. Herr Kammerpräsident Adv. Dr. Schaffrath hat ein Urlaubsgesuch auf die Dauer des Landtags eingereicht. In Anbetracht seiner notorischen großen Thätigkeit wird dasselbe bewilligt. Eine Deputation, bestehend aus den Stadtv. Beyer, Ster und Blochmann, wird ersucht, Namens des Collegiums der Probelection des an der Annenrealschule als Oberlehrer anzustellenden Cand. rev. min. Hager beizuwohnen. Herr Advocat Emil Lehmann dankte mittelst Schreibens in herzlichen Worten für die ihm übersandte Anerkennungsadresse. Uebergehend zur Tagesordnung, während welcher einige der neu eingetretenen Herren ihre Jungfernrede hielten, ward zunächst die Beschlußfassung über die Reclamation des Adv. Hänel — welcher von fortgesetztem heftigen Kehrichten geplagt wird — bis zu seiner wirklichen Einberufung ausgesetzt. Stadtv. Strunz berichtet über den Friedrichstädter Schleusenbau und beschließt das Collegium in Berücksichtigung der augenblicklichen Bauverhältnisse und der ungewöhnlichen Tieflage der projectirten Schleuße von der beantragten Verdingung der Erdarbeiten abzusehen und erklärt sich mit der projectirten Schleußensohlenconstruction einverstanden. Eine stürmische Debatte rief der Bericht über die Erbauung einer neuen (XI.) Bezirksschule in Antonstadt hervor. Die Ueberfüllung der V. Bezirksschule in Antonstadt ist colossal, sie besteht jetzt aus 27 Classen mit zusammen 1385 Schülern, die in verschiedenen Gebäuden untergebracht sind; die Erbauung einer neuen Bezirksschule ist also dringend geboten und das Collegium erklärt sich mit solcher auf dem vormals Fritzsche'schen Grundstück der Waldgasse, ebenso mit der Ausführung der vorgelegten Pläne einverstanden. Nach den Plänen soll die Hausmannswohnung in das Souterrain gelegt werden, wogegen Dr. Ghalibaud, Prof. Wigard, Adv. Krause, Dr. Rothe 2c. sprechen. Sämmtliche Herren waren im Interesse der Gesundheit der Stadt gegen Souterrainwohnungen, da sie nachweisliche Nachtheile bringen; Adv. Krause betonte, daß es um so bedauerlicher wäre, wenn gerade an öffentlichen Gebäuden dieser Uebelstand aufs Neue eingeführt würde und Prof. Wigard legte mit Wärme die in seiner langen Praxis als Arzt gewonnenen Erfahrungen über die der Gesundheit schädlichen Einwirkungen der Souterrainwohnungen dar. Es erhoben sich auch Stimmen die behaupten wollten, es sei in diesen Wohnungen durchaus nichts Ungesundes zu finden, wie dies z. B. Stadtv. Zeitler behauptete. Auf Bericht des Stadtv. Blochmann genehmigt das Collegium den durch die erweiterte Ausführung der Telegraphenverbindung unter den verschiedenen Baubureaus der Wasserleitung erforderten Mehraufwand von 257 Thlr. und spricht hinsichtlich des Sternplatzes (Ref. Stadtv. Christoph) sein Einverständniß mit dem Stadtrath aus, daß dieser Platz als freier zu erhalten sei; es wird dabei hervorgehoben, daß es in dieser Gegend dringendes Bedürfniß sei, einen solchen Platz zu bewahren; auch nimmt das Collegium die Mittheilung des Stadtraths, daß er nach abgelaufener Pachtfrist für die gegenwärtig das Commungrundstück auf der Breitenstraße benutzenden Wagenbesitzer die Verwerthung dieses Areals mit thunlichster Beschleunigung betreiben werde, entgegen. Adv. Stein berichtet über die Passageveränderungen auf der Marienbrücke. Der Rath theilt darüber mit, daß er sich hinsichtlich des Verbindungs-Aufweges von der Marienbrücke bis zum Leipziger Platz und der projectirten Treppenaufgänge zur Marienbrücke, links und rechts der Elbe, mit den verschiedenen Adjacenten in's Vernehmen gesetzt habe, aber auf verschiedene Widersprüche gestoßen sei, und daß es möglicherweise noch der Inkraftsetzung des Expropriationsgesetzes bedürfen würde, um zum Ziel zu gelangen. Dr. Rothe tadelt scharf die Langsamkeit des Raths in dieser Sache, das Collegium läßt es zur Zeit bei dieser Mittheilung des Raths bewenden, nimmt aber einen Dringlichkeits-Antrag Adv. Händel's an. — Am 6. December 1871 stellte Prof. Wigard den Antrag, der Rath möchte, um den Gesundheitszustand auch der Armen zu heben und zu fördern, öffentliche Elb- und Wannenbäder errichten. Seit dieser langen Zeit ist trotz Erinnerungen kein Resultat erzielt worden, und jetzt bringt der Stadtrath eine Mittheilung, daß das Stadtbauamt einem Techniker die Sache zur technischen Untersuchung 2c. übergeben habe, dieser aber zur Zeit noch keine Zeit hätte finden können sich schlüssig darüber auszusprechen. Der Verwaltungsausschuß (Ref. Stadtv. Zungkähnel) legte dem Collegium ein Gutachten vor, in welchem um derartige Beschleunigung der Sache gebeten wird, daß noch im Laufe des Sommers 1873 die gewünschten Elbbäder dem öffentlichen Verkehr übergeben werden könnten. Prof. Wigard aber und Dr. Rothe meinten, daß man nach so langer Zeit wohl wenigstens verlangen könnte, daß Anfang Sommer die Bäder fertig gestellt seien; Stadtv. Strunz sprach bei solchem Verlangen von Ueberstürzung, gegen welchen Ausspruch von den genannten Herren energisch